

"Ostkonzferenz in Warschau" in Luxemburger Wort (25. Juni 1948)

Legende: Am 25. Juni 1948 berichtet die luxemburgische Tageszeitung Luxemburger Wort über das Treffen der Außenminister der Sowjetunion und der osteuropäischen Staaten, die die am 1. Juni 1948 von den Westmächten in London gefassten Beschlüsse heftig kritisieren.

Quelle: Luxemburger Wort. Für Wahrheit und Recht. 25.06.1948, n° 177; 101e année. Luxembourg: Imprimerie Saint-Paul. "Ostkonzferenz in Warschau", p. 1.

Urheberrecht: (c) Imprimerie Saint-Paul s.a.

URL: http://www.cvce.eu/obj/ostkonzferenz_in_warschau_in_luxemburger_wort_25_juni_1948-de-c86c2c1c-d9c1-44a4-9841-2909c499a399.html

Publication date: 02/07/2015

Ostkonzferenz in Warschau

Die Außenminister Rußlands und seiner Satellitenstaaten berieten über das Deutschlandproblem

Warschau 25. Juni

Am Mittwoch meldete Radio Moskau unerwarteterweise, daß in Warschau im Schloß Wilanow „auf Anregung der Regierungen der Sowjetunion und Polens“ eine Außenministerkonferenz eröffnet worden sei. Es nehmen an dieser Konferenz teil: W. M. Molotow, stellvertretender Ministerpräsident und Außenminister der UDSSR, Enver Hodja, Ministerpräsident und Außenminister Albanien, der bulgarische stellvertretende Ministerpräsident und Außenminister Kolaroff, der tschechoslowakische Außenminister Clementis, der jugoslawische Außenminister Simitsch, der polnische Außenminister Modzelewski, der rumänische Außenminister Frau Anna Pauker, der ungarische Außenminister Molnar. Ferner wurde berichtet, daß die Kommunistenführer Italiens und Frankreichs, Togliatti und Duclos, sich ebenfalls in Warschau befinden.

Die erste am Mittwoch stattgefundene Sitzung stand unter dem Vorsitz des polnischen Außenministers Modzelewski. Die gestrige Sitzung wurde von Molotow präsiert, während die Abschlusssitzung von heute früh von der rumänischen Kommunistenführerin Anna Pauker geleitet wurde.

Die Warschauer Außenministerkonferenz wird als eine Fortsetzung der Prager Besprechungen zwischen den Außenministern Polens, der Tschechoslowakei und Jugoslawiens bezeichnet, bei denen die Londoner Deutschlandkonferenz als eine Verletzung der Abkommen von Potsdam und Jalta bezeichnet wurde. Damals wurde auch gefordert, daß alle Staaten, die unter der Naziaggression gelitten hatten, in allen Beschlüssen über Deutschland zu Rate gezogen würden. Polens Ansicht zum deutschen Problem wurde von Modzelewski offiziell dahingehend formuliert, daß die Londoner Sechsmächte-Empfehlungen zur Bildung eines „neuen Aggressionsansturms“ beitragen würden. Außerdem widerspreche der westliche Plan für den Wiederaufbau Deutschlands den von den Vereinigten Staaten übernommenen Verpflichtungen.

Wie unterrichtete Kreise mitteilen, hat jeder der acht Außenminister bei der Wilanow-Konferenz ähnliche Ansichten zum Ausdruck gebracht und eine starke Gegenaktion gefordert. Sie hätten ferner einen fortdauernden Kampf gegen die amerikanische Unterstützung Europas und den „amerikanischen Imperialismus“ verlangt.

Das offizielle Communiqué

Die hauptsächlichsten Verlautbarungen des amtlichen Communiqués sind, gemäß einer Meldung des Senders Moskau folgende:

„Am siebenten Juni wurde über den Abschluß der Londoner Deutschland-Konferenz, an der die USA, England und Frankreich teilnahmen, ein Communiqué veröffentlicht. Dieses Communiqué enthält einen Befehl über die auf der genannten Geheimkonferenz gefaßten Beschlüsse über politische und wirtschaftliche Probleme Deutschlands und eine Änderung der deutschen Westgrenzen, obwohl Presseberichte zeigen, daß darin gewisse Beschlüsse der Konferenz verschwiegen wurden.

Die Londoner Beschlüsse seien nicht auf die Verhinderung der Möglichkeit einer neuen deutschen Aggression ab, sondern auf die Umwandlung des östlichen Teiles Deutschlands und vor allem des Schwerindustriegebietes der Ruhr in eine Waffenkammer für die Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials, um Westdeutschland für militärische und strategische Zwecke der USA und Englands zu nutzen.

Die separate Währungsreform in den deutschen Westzonen wurde trotz der offensichtlichen Notwendigkeit einer einheitlichen Währungsreform für ganz Deutschland durchgeführt, wie sie die Sowjetregierung vorgeschlagen hatte. Vom wirtschaftlichen Gesichtspunkt aus errichtet dieser Schritt eine Mauer zwischen

den Westzonen und dem übrigen Deutschland und schafft zahlreiche neue Schwierigkeiten, die der Beseitigung der wirtschaftlichen Unordnung und der Wiederherstellung der deutschen Volkswirtschaft im Wege stehen.

Die von den Besatzungsmächten in den Westzonen Deutschlands durchgeführte Politik begünstigt die revisionistisch eingestellten Elemente Deutschlands. Insonderheit bezweckt die Kampagne der deutschen Revisionisten eine Änderung der polnisch-deutschen Oder-Neiße-Grenze, die eine unverletzliche Grenze und eine Friedensgrenze ist.

Unter diesen Umständen ist die Anwendung von Maßnahmen aller Art gegen die revisionistische Tätigkeit eine der wichtigsten Vorbedingungen für die Konsolidierung des Friedens und der Sicherheit der europäischen Völker. Die Viermächte-Kontrolle muß für eine bestimmte Zeit aufrechterhalten werden, um nicht die Wiederherstellung der deutschen Rüstungsindustrie und des deutschen Militarismus zu gestalten.

Die Einbeziehung der Wirtschaft der deutschen Westzonen in den Marshallplan bedeutet die Einbeziehung in die Aufspaltung des gesamten europäischen Raumes in zwei Lager, die nach dem Marshallplan vollzogen wird. Nur die Uebereignung der Schwerindustrie des Ruhrgebiets in die Hände des deutschen Volkes und die Errichtung einer Kontrolle über die Produktion und Verteilung der Produktion des Ruhrgebietes durch die vier Staaten – die Sowjetunion, die USA, England und Frankreich – welche gemeinsam die Entwicklung der Ruhrindustrie für ausschließlich friedliche Zwecke gewährleisten können, würden eine Lösung des Ruhrproblems im Interesse des Friedens und der Sicherheit der europäischen Staaten ermöglichen.“

Das Communiqué erklärt sodann, daß die an der Warschauer Konferenz beteiligten Regierungen die unter Einbeziehung der Beneluxstaaten in London getroffenen Vereinbarungen nicht anerkennen. Es bezeichnet ferner eine Lösung der folgenden Fragen als vordringlich:

„1. Eine zwischen England, der Sowjetunion, Frankreich und den USA vereinbarte Durchführung von Maßnahmen, die den Abschluß der Entmilitarisierung Deutschlands gewährleisten würden.

2. Die Durchführung einer Viermächtekontrolle über die Schwerindustrie des Ruhrgebiets für eine bestimmte Zeit mit dem Ziel der Entwicklung von Friedensproduktionen und der Verhinderung einer Wiederherstellung des deutschen Kriegspotentials.

3. Die nach Vereinbarung zwischen der Regierung Englands, Sowjetrußlands, Frankreichs und der USA vorzunehmenden Bildung einer provisorischen demokratischen gesamtdeutschen Regierung, die aus den Vertretern der demokratischen Parteien und Organisationen in Deutschland bestehen würde, und zwar mit dem Ziel der Sicherung gegen eine Wiederholung der deutschen Aggressionen.

4. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland gemäß den Potsdamer Beschlüssen, um ein Jahr nach Abschluß des Friedensvertrages den Abzug der Besatzungstruppen aller vier Mächte aus Deutschland zu ermöglichen.

5. Die Ausarbeitung von Maßnahmen, die eine Erfüllung der Reparationsverpflichtungen Deutschlands gegenüber den Staaten, die unter der deutschen Aggression gelitten haben, gewährleisten.“

In dem Communiqué ist also nicht die Möglichkeit erwähnt, daß die Sowjets mit der Unterstützung ihrer osteuropäischen Nachbarn als Gegenmaßnahme gegen die Sechs-Mächte-Empfehlungen für die Sonderregelung in Westdeutschland eine Separatregierung für Ostdeutschland bilden würden. Aus zuständiger Quelle erfuhr man indessen, daß Rußland und die übrigen osteuropäischen Staaten bis zur äußersten Grenze gehen würden, um eine Lösung des deutschen Problems möglich zu machen und daher Pläne zur Errichtung eines ostdeutschen Staates in Bereitschaft hielten.